

Tiefe Krisen in Wirtschaft und Gesellschaft sind immer ernsthafte Bewährungsproben für Geistes- und Sozialwissenschaften: „Sie belegen, ob und inwieweit die in den einzelnen Disziplinen herrschenden wie konkurrierenden Forschungsprogramme realitätstauglich sind...“. Das trifft, wie zu erwarten war, auch auf die seit 2008 anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise zu. Trotz partieller Lösungsansätze und Reformen ist kein Ende dieser Krise abzusehen. Sie widerspiegelt sich nicht nur im Denken wirtschaftswissenschaftlicher, sondern auch anderer Geisteswissenschaften. Neoklassische/neoliberale Dogmen und Theorien können die Entwicklung nicht mehr erklären, geschweige denn beeinflussen. Wir haben es mit einem Praxisversagen zu tun. Als Resultat realer Prozesse steht die Forderung nach einer Neuordnung der Volkswirtschaftslehre, einer Abkehr vom Glauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes und die Überfrachtung mit mathematischen Modellen im Raum. Dabei geht es einigen Wissenschaftlern um Hinwendung zu einer pluralen Ökonomik, zur Interdisziplinarität und zu einem stärkeren Realitätsbezug.

Thomas Straubhaar, ein Vertreter der neoklassischen Denkrichtung, weist auf das Phänomen hin, dass das heutige Denken vorrangig durch Standards bestimmt wird, die in Amerika gesetzt werden. Dieser Herdentrieb verhindert interdisziplinäres Denken zwischen Ökonomie, Jura, Politikwissenschaft, Soziologie, Philosophie und Psychologie. Aus der Mitte der US-amerikanischen Wissenschaftlergemeinschaft – als dem dominanten Zentrum der weltweiten Wirtschaftswissenschaften – sind die Chancen eines tatsächlichen Wandels wenig ermutigend. Einen wirklichen Paradigmenwechsel kann man gegenwärtig nicht erkennen. Dabei unterteilt sich die heutige Theorienlandschaft der Wirtschaftswissenschaft in „Mainstream“ und „Non-Mainstream“. Hinter diesem Dualismus verbirgt sich eine große Breite von Paradigmen, die aus Kernannahmen hergeleitet werden.

Deshalb erscheint es als durchaus logisch, sich unter anderem der Marxschen Arbeitswerttheorie zu bedienen und mit mathematischen Methoden den Zusammenhang zwischen dem krisengeschüttelten Süden und dem „erfolgreichen“ Norden, der Ungleichheit der Einkommen und Vermögen bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung aufzuzeigen.

Ein besonderes Augenmerk ist auf den Einfluss von Dienstleistungen in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft zu richten, die zwei Drittel bis drei Viertel zur Wertschöpfung beisteuern. Dienstleistungen werden im Augenblick der Produktion verbraucht und sind Bestandteil des Mehrprodukts. Die Gegenwart legt eine Vorstellung nahe, „nämlich die einer Wirtschaft als komplexer Konstruktion, die sich evolutiv herausgebildet hat und weiterentwickelt“ (Fleissner). In diesem Sinne führen die Gesetze der Nutzen- und Gewinnmaximierung nicht zum Glück für alle.

Die „Ökonomie“ wurde in der Vergangenheit den Sozialwissenschaften zugeschlagen, wobei sie als eingegrenzter Bereich und von anderen Bereichen der sozialen Welt weitgehend unabhängig definiert war. Ihre Einengung auf „Betriebswirtschaft“ wurde bereits von den Klassikern kritisiert und bestritten. Sie begriffen die Ökonomie als Politische Ökonomie im volks- und weltwirtschaftlichen Umfeld.

Besonders die seit 2008 anhaltende Krise macht deutlich, dass die wertschaffende Tätigkeit nicht nur in der herrschenden, geld-, profit- und erwerbsarbeitsorientierte Definition widerspiegelt wird. In diesem Sinne ist der Arbeitsbegriff einer Revision zu unterziehen, da jede die Existenz sichernde Tätigkeit als „Arbeit“ anerkannt werden muss.

Die bisher tiefste Krise unseres Jahrhunderts, die vor allem als Banken- und Finanzkrise wahrgenommen wird, verschleiert den Blick auf die Realität. Ohne Banken hätte es sicherlich diese Krise in dem Ausmaß nicht gegeben. Andererseits ist sie ohne Banken aber auch nicht zu lösen. In diesem Zusammenhang sei auf die Systemrelevanz des Bankensektors und die Disproportionen zwischen Bankensektor und Realwirtschaft hingewiesen. Die aktuelle Krise bewirkt ein Umdenken in Bezug auf das Verhältnis von Finanz- und Realwirtschaft sowie auf die Rolle der Banken bei der Sicherung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität, Größe und Struktur des Bankensektors sowie dessen Geschäftsmodelle. Die Bedeutung der Banken kann perspektivisch abnehmen. Gleichwohl bleiben sie systemrelevant und unverzichtbar für die gesamtwirtschaftliche Reproduktion. Dabei ist

festzustellen, dass das Bankenwesen immer zentralisierter, überregionaler, globaler und stärker online organisiert wird. Gleichzeitig verschmelzen Aufgabenfelder und Dienstleistungsangebote für Unternehmen, Staaten und private Haushalte in einer hochgradig finanzierten Wirtschaft.

„Offensichtlich verschränken sich in der gegenwärtigen Krise ökonomische, politische und ideologische Konflikte in neuer Weise.“ Es reicht nicht aus, sie als Finanzmarkt-, Casino- oder Turbokapitalismus zu betrachten. Diese Charakterisierung verdeckt den Drang nach Profitmacherei als „High-Tech-Kapitalismus“, der neue Produktivkräfte nutzt, neue Verwertungsmöglichkeiten eröffnet und jetzt mehr Profite global und scheinbar unabhängig von der unmittelbaren Produktion zu realisieren vermag. Der Neoliberalismus als Spielart des Kapitalismus, insbesondere in seiner „linken“ Ausprägung (Blair, Schröder, Steinbrück), ist offenbar verbunden mit dem reformistischen Versagen der Sozialdemokratie und der Domestizierung von Gewerkschaften seit den 1970er Jahren.

Wer sich tiefer mit diesen Fragen befassen möchte, dem ist das Buch *„Theorieentwicklung im Kontext der Krise“*, *Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Band 35*, herausgegeben von Ulrich Busch & Günter Krause, ISBN 978-3-86464-049-0, zu empfehlen.

*In: Rotfuchs, Januar 2015.*